

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	55
		<b>TOP:</b>	1
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	384/2023
		<b>GZ:</b>	JB
<b>Sitzungstermin:</b>	19.06.2023		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Streicher-Kieltsch (JugA)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / th		
<b>Betreff:</b>	<b>Fortführung des Programms "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist"</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 19.05.2023, GRDRs 384/2023, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Verwaltung des Jugendamts wird ermächtigt, zur weiteren Umsetzung des Bundesprojekts "Sprachkita: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist", bis 31.12.2024 Personal außerhalb des Stellenplans in folgendem Umfang anzustellen:
  - 37,0 VZK in Entgeltgruppe S8b SuE, verteilt auf 74 zusätzliche Fachkräfte (Förderwelle 1 und 2) mit je 0,5 VZK
  - 2,5 VZK in S17 SuE 5, verteilt auf 5 Fachberatungen (Förderwelle 1 und 2) mit je 0,5 VZK
  - 0,3 VZK in EG 7 TVöD eine Assistenz zur Abwicklung der mit den Sprachkitaeinrichtungen verbundenen Verwaltungsaufgaben
2. Der Finanzierung wie im Kapitel "Finanzielle Auswirkungen" dargestellt, wird zugestimmt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Mit der Vertragsunterzeichnung zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Bundesfamilienministerium am 09.06.2023 sei die Fortführung des Handlungsfelds Sprache in Anlehnung an das bisherige Programm bis 31.12.2024 beschlossen worden, so die Vorsitzende. Somit sei eine Verlängerung der bisherigen Ermächtigungen für die Beschäftigung der zusätzlichen Fachkräfte und Fachberatungen erforderlich. Folglich gehe es bei dieser Vorlage um eine Stellenplanfrage, die im Gemeinderat beschlossen werden müsse, zusätzliche Fachkräfte weiter zu beschäftigen bzw. einzustellen. In der GRDRs vom 19.05.2023 sei bereits von einer Vereinbarung zwischen Bund und Land ausgegangen worden. Ergänzend erwähnt die Vorsitzende, der Staatssekretär habe bei der offiziellen Unterzeichnung der Vereinbarung mitgeteilt, dass ihm sehr an einer Fortführung des Programms gelegen ist.

StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) erkundigt sich nach der "Deckung durch Blockierung von 8,8 Stellen der städtischen Sprachförderung" unter der Rubrik finanzieller Auswirkungen der Vorlage, was es damit auf sich habe. Diese Blockierung von 8,8 Stellen sei nicht so einschneidend, erörtert Frau Streicher-Kieltsch, da während der Laufzeit vonseiten der Fachverwaltung darauf geachtet worden sei, dass in Einrichtungen maximal eine Stelle der städtischen Sprachförderstellen nicht besetzt wird, sodass eine Person verfügbar sei, die das Programm absichere. Aufgrund des Fachkräftemangels seien nicht alle Stellen besetzt worden, erklärt Frau Streicher-Kieltsch. Mit Spannung werde die Entwicklung des Programms beim Land in den nächsten 1,5 Jahren beobachtet, da die Sprachförderung von fachlich geschulten Menschen durchgeführt werden sollte. Über die Laufzeit werde durch die Blockierung der 8,8 Stellen der städtischen Sprachförderung der ungedeckte Aufwand als Gegenfinanzierung genutzt.

Bezogen auf den Antrag Nr. 330/2022 der SPD-Fraktion "Sprach-Kitas in Stuttgart absichern" äußert sich StRin Meergans (SPD) positiv zur Beschlussvorlage, wie auch StRin Ripsam (CDU) die Fortführung des Programms begrüßt. Bezogen auf die Förderung der noch verbleibenden 74 Kitas von vormals 84, interessieren StRin Meergans die Gründe für den Ausstieg der Kitas aus dem Programm. Es habe eine erste und eine zweite Förderwelle von Kitas gegeben, die in das Bundesprogramm "Sprach-Kitas" eingestiegen seien, erörtert Frau Streicher-Kieltsch. Die Unsicherheit bei den Kitas, dass das Sprachförderprogramm ausläuft, habe dazu geführt, dass Einrichtungen sich nicht beworben haben.

Im Namen der freien Träger lobt Frau Weegmann die Fortführung des Programms "Sprach-Kitas" und betont, die Förderung der freien Träger, die sich an dem Programm beteiligten, müsste analog der Förderung der städtischen Einrichtungen erfolgen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Kappallo / th

## Verteiler:

- I. Referat JB  
zur Weiterbehandlung  
Jugendamt (2)  
weg. VA
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB/ICG
  3. OB/KB
  4. *Referat AKR*  
*Haupt- und Personalamt*
  5. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  6. GPR (2)
  7. Amt für Revision
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. SPD-Fraktion
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*  
*LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  6. FDP-Fraktion
  7. Fraktion FW
  8. AfD-Fraktion
  9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

*kursiv = kein Papierversand*